

Haushalts- und Finanzausschuß

Protokoll

73. Sitzung (nicht öffentlich)*)

16. März 1994

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.20 Uhr bis 13.00 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Riscop (CDU)

Stenograph: Labes-Meckelnburg

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

**1 Wahrung des Budgetrechts - Beteiligung des Landes bei
Hingabe von Kunstgegenständen an Zahlungs Statt**

Antrag
der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/8376

- Siehe APr 11/1575 -

*) öffentlicher Teil - siehe APr 11/1575

Haushalts- und Finanzausschuß
73. Sitzung

16.03.1995

Is-mj

Seite

- 2 Über- und außerplanmäßige Ausgaben mit Beträgen von 50 000 DM und darüber im vierten Quartal des Haushaltsjahres 1994 und Zusammenstellung der genehmigten Überschreitungen mit Beträgen unter 50 000 DM im gesamten Haushaltsjahr 1994**

1

hier: Genehmigung nach Artikel 85 Abs. 2 LV in Verbindung mit § 37 Abs. 4 LHO

Antrag des Finanzministeriums
Vorlage 11/3743

Der Ausschuß stimmt mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und F.D.P. bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Antrag des Finanzministeriums zu.

Berichterstatteerin: Abgeordnete Meyer-Schiffer (SPD)

- 3 Sechstes Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Sechstes Landesbesoldungsänderungsgesetz - 6. ÄndLBesG)**

5

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 11/7767
Vorlagen 11/3613 und 11/3726

Der Ausschuß nimmt mit den Stimmen von SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der CDU bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unter Berücksichtigung der im

Haushalts- und Finanzausschuß
73. Sitzung

16.03.1995
ls-mj

Seite

Ausschuß für Innere Verwaltung und im Unterausschuß "Personal" beschlossenen Änderungen den Gesetzentwurf an.

Berichterstatter: Abgeordneter Schittges (CDU)

**4 Mehr Gestaltungsspielraum für die Kommunen
- Stellenobergrenzenverordnung abschaffen!**

6

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 11/6991
Vorlagen 11/3044 und 11/3667

Nach einer kurzen Aussprache kommt der Ausschuß überein,
über den Antrag nicht abschließend abzustimmen.

**5 Teilzeitoffensive im öffentlichen Dienst - Landesregierung
muß mit gutem Beispiel vorangehen**

9

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 11/7086 (Neudruck)
Vorlagen 11/3146 und 11/3666

Der Ausschuß empfiehlt dem federführenden Ausschuß für
Innere Verwaltung einstimmig, den Antrag der CDU-Fraktion
für erledigt zu erklären.

- Kein Diskussionsprotokoll -

Haushalts- und Finanzausschuß
73. Sitzung

16.03.1995
1s-mj

Seite

6 Entsperrung von Stellen im Einzelplan 01 9

Vorlage 11/3658

Der Ausschuß nimmt von der Vorlage Kenntnis.

7 Organisationsgutachten über die Landtagsverwaltung 10

Der Ausschuß kommt nach kurzer Aussprache überein, die Präsidentin zunächst um Aufklärung darüber zu bitten, ob die Umsetzung der Konsequenzen aus dem Organisationsgutachten noch in dieser Legislaturperiode angestrebt wird.

8 Veräußerungen von Landesbeteiligungen

Vorlage 11/3739

11

Der Ausschuß diskutiert über Fragen, die mit der möglichen Veräußerung von Landesbeteiligungen zusammenhängen.

Haushalts- und Finanzausschuß
73. Sitzung

16.03.1995
ls-mj

Seite

**9 Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91 b GG
hier: Modellversuch im Hochschulbereich**

14

Vorlagen 11/3465 und 11/3670

Der Ausschuß empfiehlt dem Landtag einstimmig, die Vorlagen 11/3465 und 11/3670 zur Kenntnis zu nehmen, ohne Empfehlungen gegenüber der Landesregierung auszusprechen.

Berichtersteller: Abgeordneter Kern (SPD)

- Kein Diskussionsprotokoll -

**10 Haushaltsmäßige Abwicklung der Maßnahme
"Schaumburger Hof in Bonn" im Jahre 1995**

14

Vorlage 11/3754

Der Ausschuß nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

11 Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen

15

Vorlage 11/3641

Der Ausschuß nimmt die Vorlage 11/3641 zur Kenntnis.

Haushalts- und Finanzausschuß
73. Sitzung

16.03.1995
1s-mj

Seite

**12 Abschlagszahlungen für Sozialhilfekosten für
Asylbewerber für das 2. Halbjahr 1994**

16

Bericht des Finanzministeriums

Die Vertreter der beteiligten Ministerien beantworten erneut Fragen aus den Reihen des Ausschusses, die die Zahlungen an die Gemeinden betreffen.

13 Kosten- und Leistungsrechnung in der öffentlichen Verwaltung

17

Vorlage 11/3684

Der Staatssekretär des Finanzministeriums beantwortet eine Frage und erläutert, wie weiter vorgegangen wird.

**14 Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91 a Grundgesetz
hier: Anmeldungen zum 25. Rahmenplan nach dem
Hochschulbauförderungsgesetz**

18

Vorlage 11/3755

Der Ausschuß empfiehlt mit den Stimmen von SPD und F.D.P. bei Nichtbeteiligung der CDU-Fraktion und Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Landtag, die Vorlage zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Berichtersteller: Abgeordneter Henning (SPD)

Haushalts- und Finanzausschuß
73. Sitzung

16.03.1995
ls-mj

Seite

15 Verschiedenes

- | | |
|--|----|
| a) Versorgungswerk der Wirtschaftsprüferkammer | 19 |
| b) Mögliche Konsequenzen für Nordrhein-Westfalen nach dem Zusammenbruch der Barings-Bank | 19 |
| c) Gutachtenvergabe durch die Landesregierung | 20 |
| d) Auswirkungen der Balsam-Verluste der WestLB | 21 |

Haushalts- und Finanzausschuß
73. Sitzung (nicht öffentlich)

16.03.1995
ls-mj

OAR Striethorst (MWMT) legt dar, die seinerzeitige Umwandlung des Staatlichen Materialprüfungsamts in einen Landesbetrieb und die damit verbundene Unterwerfung unter die Mehrwertsteuerpflicht habe Fragen aufgeworfen, die in der Tat mit dem Finanzministerium abgeklärt worden seien. Allerdings habe für die gesamte Umstellung der Buchführung keine Kapazität zur Verfügung gestanden. Deshalb sei ein privater Steuerberater eingeschaltet worden.

Demnach hätte in der Begründung nicht auf steuerliche Beratung, sondern auf die Buchführungskapazität abgehoben werden müssen, stellt **Abgeordneter Dautzenberg (CDU)** fest.

3 Sechstes Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Sechstes Landesbesoldungsänderungsgesetz - 6. ÄndLBesG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 11/7767
Vorlagen 11/3613 und 11/3726

Seine Fraktion, erklärt **Abgeordneter Dautzenberg (CDU)**, lehne das Drei-Säulen-Modell der Mehrheitsfraktion für den Polizeibereich ab und werde dem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

Die SPD-Fraktion bleibe bei ihrer Haltung, betont **Abgeordneter Trinius (SPD)**, zumal dies im Zusammenhang mit den Entscheidungen zum Haushalt schlüssig sei.